



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1925

340 (25.7.1925) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-222781](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-222781)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Dezugspreise: Im Mannheim und Umgebung frei ins Haus oder durch die Post monatl. R.-M. 2.50 ohne Beleggeld. Bei erst. Veränderung der wirtschaftl. Verhältnisse Nachänderung vorbehalten. Postfachkonto Nr. 17590 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle II 0, 2. — Geschäfts-Rechenbuch Adolphstraße 6. Schwesingerstraße 24. Westendstraße 11. — Fernspr. Nr. 7941-7945. — Telegr.-Adresse General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich, 5mal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 10 Tage 0.40 R.-M. für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen u. dgl. m. v. a. sind nicht zu berücksichtigen. Bei Anzeigen für auswärtige oder beschränkte Ausgaben oder für vergrößerte Aufnahme von Anzeigen, außer d. Fernspr. oder d. Telegr. Adressen, Mannheim.

Beilagen: Bilder der Woche Sport u. Spiel - Was Zeit u. Leben mit Mannheimer Musik-Zeitung - Mannheimer Frauen-Zeitung Unterhaltungs-Beilage Aus der Welt der Technik Wandern u. Reisen - Geseh u. Recht

Die Deutschen-Vertreibung aus Polen

Deutsche Gegenmaßnahmen

Berlin, 25. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Entgegen allen anders lautenden Meldungen erfahren wir an zuständiger Stelle, daß man auf deutscher Seite annimmt, daß am 1. August sich in Polen noch 10000 deutsche Optanten befinden sollen. Sollten sie, was immerhin zu erwarten steht, ausgewiesen werden, so werden die angelegentlich deutschen Gegenmaßnahmen durchgeführt werden. Der Versailler Vertrag bestimmt, daß Personen, die für Polen oder für Deutschland optiert haben, bis zu zwei Jahren die Möglichkeit haben, den Wohnsitz in die Länder, für die sie sich entschieden haben, zu verlegen.

Auf Grund einer Klausel des Rinderpestvertrags und nach langen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen ist nach einem Schiedspruch durch den belgischen Professor Rodenbeck in Wien entschieden, daß den Ländern das Recht zusteht,

einen Auswanderungsstrom

auszulassen. Dieser Spruch wird von deutscher Seite als eine Fehlscheidung angesehen. Immerhin hatte man sich darnach zu richten und schloß auf Grund dieses Tatbestandes einen Vertrag mit Polen, wonach Optanten die Länder „auf Verlangen der Autorität“ verlassen müssen. Das hat die polnische Regierung getan. Erst daraufhin hat die deutsche Regierung alle polnischen Optanten aufgefordert, das Reich zu verlassen. Wie wir schon einmal hier berichteten, hat die polnische Regierung für diese Massenausweisung drei Termine angesetzt, den 1. August d. J. für Deutsche ohne Grundbesitz, den 1. November für Deutsche mit Grundbesitz im Bereich polnischer Festungen und 1. Juli n. J. für Deutsche mit festem Grundbesitz. Bis 1. August soll also die erste Gruppe das Land verlassen haben.

Unterdessen sind

deutsche Optanten schon massenweise ins Reich geströmt.

Nach polnische Optanten sind in den letzten Tagen in beträchtlichen Mengen nach Polen abgegangen. Rechtslich steht nun der deutschen Regierung, nachdem die polnische Regierung die Ausweisungsbefugnisse hat, das Recht zu, alle Optanten, die bis zu dieser Frist aus Deutschland nicht verlassen haben, ebenfalls auszuweisen. Es handelt sich hierbei um einen Rest von Optanten die zurückgelassen sind. Die ursprüngliche Zahl der deutschen Optanten in Polen schätzt

man auf 150 000 Köpfe. Die der Polen in Deutschland läßt sich nicht genau feststellen, weil die polnische Regierung ihre Listen nicht mit wünschenswerter Vollständigkeit Deutschland überreicht hat. Es dürfen aber schätzungsweise 13 bis 15 000 sein.

Das Reichsarbeitsministerium und das Auswärtige Amt haben, wie man hört, Maßnahmen getroffen, die einen reibungslosen Abtransport und eine möglichst vollständige Unterbringung gewährleisten sollen. Das Generalkonsulat in Polen ist entsprechend verstärkt worden, die Hauptübergangsstation in Schneidemühl ist erweitert worden. Im allgemeinen soll der Strom über diese Stadt gehen.

Deutsche Fürsorge für die Vertriebenen

Was die Unterbringung der abgewanderten deutschen Optanten aus Polen betrifft, so ist von Seiten der Reichsregierung wie auch von Seiten der preussischen Staatsregierung alles eingeleitet und seit Monaten hergerichtet worden, was geeignet erscheint, die Lage dieser Optanten zu bessern. Wie wir hören, ist das Lager in Schneidemühl zu diesem Zweck erweitert worden. Von dort aus werden die deutschen Optanten nach den einzelnen Gemeinden befördert, denen es obliegt, die Leute unterzubringen. Besonders Schwierigkeiten verursacht natürlich die Unterbringung von Familien. Aber auch hier ist bezüglich der deutschen Landarbeiterfamilien aus Polen bereits vorgesorgt worden. Es verläuft, daß mehrere tausend neu erbaute Landarbeiterhäuser in den westlichen Provinzen und in der Provinz Sachsen für diese Optanten reserviert wurden. Es ist selbstverständlich, daß auch die von polnischen Optanten verlassenen Wohnungen im Reich zurückgegeben werden für die jetzt aus Polen nach dem Vaterland zurückkehrenden Deutschen.

„Schärfstes Befremden“ der Pariser Polenfreunde

Paris, 25. Juli. (Von unserm Pariser Vertreter.) Die aus Berlin kommenden Nachrichten, daß am 1. August 10 000 Polen aus Deutschland ausgewiesen werden sollen, erregen hier schärfstes Befremden. Man spricht bloß von einem Unrecht, das 10 000 Polen erleiden sollen, ohne jedoch auf die 21 000 Deutsche, die durch die polnische Regierung ausgewiesen werden sollen, Rücksicht zu nehmen. In französischen Regierungskreisen wird davon gesprochen, daß ein Teil der von Deutschland auszuweisenden polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet gegebenenfalls in das französische Kohlengebiet nach Nordbrabant abgeführt werden könnte.

Umfange sofort wieder an die Importeure weiter zu geben. Sie behielt sie in vielen Fällen als Währungsreserve zurück. Hierdurch würde die innere Konfiskation erhöht, ohne daß zunächst der Zutritt von ausländischen Waren die Nachschfrage im Innern ausgleichend hätte. Die Folge war ein Steigen der Preise auf den verschiedenen Warengebieten, insbesondere bei Fertigwarengruppen.

Der Minister fuhr fort: Die augenblicklichen Erleichterungen auf dem Arbeitsmarkt sind teilweise durch falsche Verwendung des Kapitals herbeigeführt worden, und sind soweit dies der Fall, kein günstiges, sondern im Gegenteil ein ungünstiges Zeichen unserer Wirtschaftslage.

Der Minister fuhr zusammen: Die Tatsache der Vereinnahmung des Auslandskapitals — so sehr sie als neue Schuldlast für unsere gesamte Wirtschaft im ganzen drückend wirkt — ist bei unserer großen Notlage an sich nicht zu beklagen, wenn diese Kapitalien, richtig verwendet, die deutsche Wirtschaft leistungsfähiger machen und den Produktionsstand technisch wie organisatorisch erhöhen. Die Vereinnahmung von Kapitalien legt unserer Wirtschaft eine gewaltige Verantwortung auf. Sie legt eine unendliche Verantwortung und gegenwärtig produktivste Verwendung unserer vorhandenen riesigen Kapitalien dar. So, wie wir in Deutschland unser Kapital in den letzten Monaten teilweise angelegt haben, darf es auf die Dauer nicht weiter gehen.

Die Räumung von Essen

Am gestrigen Freitag sind die letzten Gebäude, die von den Franzosen eingenommen waren, ordnungsgemäß übergeben worden. Die Truppen aber halten sich noch in den Häusern auf bis der Befehl zum Abmarsch eintrifft. Es handelt sich, der „Köln. Volksztg.“ zufolge vor allem um die Reichs-Sperkasse, das Polizeipräsidium, das Gymnasium in Breiden, das Verwaltungsgebäude des bergbaulichen Vereins, das Hotel Königshof, sowie mehrere Gastwirtschaften und Lokale.

Verschwörerprozesse in Bulgarien

Eine Reihe von Verschwörerprozessen ist in Sofia am Freitag abgeschlossen worden: In Sliven mit 10 Urteilen zum Tode durch den Strang, in Kostovo mit Todesurteilen, in Berkowitsa mit drei Todesurteilen. Ende Juli beginnt ein neuer Prozeß in Sumen mit 400 Angeklagten, worunter gegen 133 die Todesstrafe beantragt wird.

Wäre August dürfte der Prozeß in Tarnowo beginnen, wobei 500 Angeklagte aus allen Gegenden Bulgariens auftreten. — Die Räuber Boris Georgiew, ein gewesener Schullehrer und Witscho Patomoff, ein Referenthauptmann, sind verhaftet worden.

Amerika und die Abrüstungsfrage

Die amerikanische Öffentlichkeit befaßt sich sehr interessiert mit der Statistik des Völkerbundes, wonach Europa über 6 Millionen Soldaten besäße. Die Zeitungen erörtern die Frage eingehend. Man verteuert namentlich auf die Tatsache, daß Frankreich auf 1000 Menschen 1018 Soldaten unterhält. In offiziellen Kreisen ist man der Meinung, daß diese Rüstung gegenwärtig zwar keine Kriegsgefahr bedeute, in Zukunft aber entweder den finanziellen Ruin oder Zusammenstöße bringen müsse, wenn nicht abgerüstet werde.

Rückblick und Vorschau

Billigungsvotum und zerbrochene Fenster Scheiben — Der weitere Gang der Sicherheitsverhandlung — Der Zusammenstoß zwischen Ruhr und Marokko — Deutschlands Neutralität

Nirgends wechseln so rasch Stimmungen und Meinungen wie in der Politik. Noch vor 14 Tagen raunte und flüsterte man heimlich von einer Kabinettskrisis im allgemeinen und einer Streikemanakrisis im besonderen. Nach Ansicht der „eingeweihten“ Berliner Presse war die Stellung des deutschen Außenministers damals bereits so erschüttert, daß es nur noch eines geringen Anstoßes bedurfte, um ihn gänzlich zu fällen. Nun ist es ganz anders gekommen. Zwar hat man, soweit die konservativen und altdeutschen Diehards in Frage kommen, nicht das Kalium des Friedens geraucht, aber die bessere Einsicht, so darf man wohl annehmen, hat die Oberhand gewonnen über die Intransigenten, die heutzutage in den Reihen der Deutschnationalen nur noch ein knapper halbes Duzend zählen mögen. Mit Recht ist in der Presse bereits darauf verwiesen worden, daß die Abstimmung am vergangenen Donnerstag über die Außenpolitik der Reichsregierung ein sogenanntes „unrechtes“ Billigungsvotum sei, da ihm im Grunde auch die 111 Stimmen der Sozialdemokraten zugesetzt werden müssen, die zu wiederholten Malen erklärt, daß sich zwar die derzeitige Außenpolitik auf der von ihnen gebilligten Linie befände, sie aber aus allgemeinen politischen (d. h. parteipolitischen) Gründen die Regierung kein Vertrauen aussprechen könnten.

Wieder einmal ist also die Sozialdemokratie die Skandin ihrer eigenen Zuspätkommenheit geworden. Obwohl sie seit 1918 eine nicht nur Staatsformende, sondern auch staatsverhaltende Partei geworden ist, legt sie in ihrer Politik die früher gültige Theorie der Staatsverneinung fort. So stimmte sie gegen den Etat der Reichswehr und der Reichsmarine — eine besonders törichte Demonstration! —, so leant sie sich in der Frage des Zolltarifs auf eine Agitation fest, die den Schlagworten der Polemik gegen die Zollverträge von 1902 gepaßt ist, so bringt sie in der außenpolitischen Beurteilung einen logischen Salto mortale fertig, den ihr niemand glaubt. Dadurch hat sie abermals trotz ihres großen Scherzliebenden Breitfußes das getan, was Bismarck schon so bitter beklagte, nämlich aus innenpolitischer Verblendung heraus außenpolitische Fenster Scheiben eingeschlagen. Das Echo der Berliner Presse läßt bereits deutlich erkennen, wie sehr die Weiterentwicklung der Sicherheitsverhandlungen durch die Abstimmung der Sozialdemokraten gefährdet ist. Wenn Deutschland das Sicherheitsproblem einer ihm einseitigen Lösung zuführen will, muß es mangels sonstiger Mittel, die es in die Waagschale werfen kann, sich zum mindesten auf einen festen, auf den geschlossenen Willen des Reichstages, der Regierung, des Reichstages und Rückensicherung zu gewähren.

Diesem Gedanken hatte im besonderen der volksparteiliche Sprecher Dr. Curtius Ausdruck gegeben, indem er sich unmittelbar an die Sozialdemokraten wandte und sie im Namen des Reiches aufzufordern, etwas mehr zu leisten, als nur die Interpellation der Gegenstandslosigkeit ihres Interpellation, wie dies Dr. Breitfeld erstarrt hatte. Mit Recht erinnert er an einen Präzedenzfall, wie die Opposition, wenn sie wirklich staatspolitisch denkt, sich zu verhalten hat. Als vor drei Jahren das Kabinett Wirth vor der Kammer in Genua stand, und die damalige Regierungspartei ein Billigensvotum eingebracht hatten, hat die Deutsche Volkspartei unter ihrem arbeitsfähigen Widerstand gegen die Gesamtpolitik des Kabinetts Wirth aufrecht erhalten, dennoch aber der Billigensvotum für Wirth mit der Begründung ausstimmte, daß eine möglichst breite Basis für die bevorstehenden internationalen Verhandlungen geschaffen werden müsse. Obwohl das gleiche Bedürfnis ansehnlich der von Deutschland angestrebten Sicherheitsverhandlungen diesmal erfüllt vorliege, konnten sich die Sozialdemokraten nicht auf einen solchen Höhe staatspolitischen Denkens aufschwingen, sondern verneinerten durch ihre Abstimmung die Wahrheit für die Reichsregierung.

Die Quittung für ihr kurzsichtiges Handeln wird ihnen bereits heute erteilt. Indem sie die Autorität der Regierung nach außen hin schwächen, haben sie die Politik auf das schmerzlichste erschüttert, die sie sonst so eifrig verteidigen. So noch mehr, sie liefern Brand und der französischen Gegenpropaganda mit Dank bewährte Waffen an den Feind. Wenn die deutsche Sozialdemokratie, laut a. B. der „Temps“, kein Vertrauen haben in die Aufrichtigkeit der Berliner Friedensbemühungen, so haben die Alliierten noch ärgerere Ursache, sich vor den deutschen Fallstricken in acht zu nehmen.“ Und daß „Journal des Debats“ schreibt: „Wir müßten merkwürdigerweise sein, wenn wir ärgeres Vertrauen in die Absichten des Berliner Kabinetts setzen wollten, als der „Vorwärts“. Man verleihe einmal die Politik der deutschen Sozialdemokraten mit der Haltung ihrer Weltanschauung in Frankreich, wo die Sozialisten trotz ihrer Oppositionsstellung zu Poincaré die Sozialpolitik des Kabinetts unterstützen, weil sie in einer betriebl. nationalen Fronte sich nicht als Franzosen fühlen und infolgedessen die Autorität der Regierung nicht schwächen wollen.“

Werden wir auch einmal in Deutschland zu einer gleichen vernünftigen Stellungnahme der Sozialdemokratie gelangen? Man soll nicht alle Hoffnung aufgeben, wenn man sieht, daß wenigstens ihr rechter Nachbar, die demokratische Partei, sich von der bedenklichen Zuschüßlung des Reichsbanners, wenigstens diesmal, frei gemacht hat. Das eigentümliche Merkmal ihrer gegenwärtigen Politik ist die Stimmenthaltung. Die demokratische Partei ist nicht so sehr Opposition, daß sie nun unter allen Umständen „Rein“ sagt. Das „Ja“ fällt ihr freilich noch recht, recht schwer und so zieht man als vorläufigen Teil der Tapferkeit die Stimmenthaltung vor. Die Rede des Redners Hoas konnte diesmal aber verhängnisvoll für eine Oppositionspartei gelten. Die Demokraten haben auch die richtige Forderung gezogen und für das Votum gestimmt, wodurch sie sich hoch über die wirtschaftsparteiliche Dilettanten erhoben, die vor lauter Gemeinlichkeitsgefühl sich selbst den Weg verstopfen.

Das Krisenereignis vorüber, die Reichsregierung verläßt gestärkt und moralisch unterfüttert den Schauplatz des internationalen Diplomatenspiels an. Es ist indessen nicht anzunehmen, daß die Verhandlungen sehr rasch zu einer mündlichen Aussprache führen werden. Die französische Antwortnote wird man wohl in ein paar Wochen erwarten können, jedoch rechnet man in Berlin nicht damit, daß damit allein schon ein wesentlicher Verhandlungsschritt erzielt wird. Voraussichtlich werden die nächsten Wochen zu einem ausgiebigen Meinungsaustausch zwischen Paris und London benutzt werden. In der deutschen Note sind schließlich nur die beiden Hauptkritikpunkte des Schiedsgerichts und des Völkerbundes aufgeführt worden, um die offizielle Verhandlungsbasis nicht unnötig zu beschweren. Dagegen ist man durch mündliche diplomatische Mittellagen in Paris sowohl wie in London davon unterrichtet, wie

Die Agrarzölle

Berlin, 25. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages legte am Samstag zunächst die Einzelberatung bei den Positionen Getreide, Mehl, Sämereien, Reis und Hackfrüchten fort. Von Regierungsseite wird hervorgehoben, daß die Zollschuldenpanne für März von 50 Pfennig der Vorkriegszeit aus handelspolitischen Gründen auf 2.50 Rentenmark erhöht werden müsse. Als Einzelländer für März können insbesondere in Frage die Tschechoslowakei, Belgien und auch Amerika. Namentlich für die Tschechoslowakei brauchen wir den Zoll als Kompensationsobjekt.

Auf eine sozialdemokratische Entzweiung, welche Gründe die Regierung für den Kartoffelzoll habe, erklärt ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, es habe auch bei den Kartoffeln die Notwendigkeit bestanden, die heimische Produktion zu schützen. Weitere Beeinträchtigung des Kartoffelpreises würde durch den Zoll nicht eintreten, schon deshalb, weil Deutschland an sich das erste Kartoffelbauende Land sei. Landwirtschaftsminister Graf Kanitz erklärte: Die stärkere Befristung des Kompromisses halte die Reichsregierung für praktisch, um die Möglichkeit der Differenzierung anderen Staaten gegenüber, die mit Deutschland keine Verträge schließen wollen, z. B. Polen gegenüber, bald wieder zu haben. Diese Möglichkeit auf zwei Jahre auszuschließen, halte die Reichsregierung für handelspolitisch unmöglich.

Damit schließt die Einzelberatung über die erste Gruppe der Agrarzölle. In der ersten Abstimmung werden alle Vordruckentwürfe der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten abgelehnt. Annahme findet mit den Stimmen der Regierungsparteien der Antrag der Bayerischen Volkspartei, der den Kompromißzoll für März von 5.50 auf 6.80 Rentenmark erhöht.

Unterredung

mit dem Reichswirtschaftsminister

Reichswirtschaftsminister Dr. Reuß hat am Samstag in einer Unterredung, die er dem Vertreter der „Chemischen Allgemeinen Zeitung“ gewährte, höchst beachtenswerte Gedanken über die Zusammenhänge zwischen der Passivität der deutschen Handelsbilanz, dem Zustrom fremder Kredit und der Teuerung, der Minister führte u. a. aus: Die suchbare Kapitalnot und der durch das Vertrauen auf die deutsche Währung und Wirtschaft ausgehende Zustrom von ausländischem Kapital sind die beiden Momente, welche die Passivität unserer Handelsbilanz herbeiführen. Ausländischer Kapitalzuzug und Steigerung der Einfuhr sind deshalb. Ausländisches Kapital ist für unsere innere Wirtschaft im Vordergrund, nur die Einfuhr von Waren nutzbar zu machen. Man kann nicht auf der einen Seite ausländische Kredite erhalten und auf der anderen Seite die Passivität der Handelsbilanz vergrößern. Der Vorrang ist folgender: Unsere deutschen Unternehmungen haben entweder ausländische Guthaben aus dem Ausland zurückgezogen oder Auslandskredite erhalten, um die notwendigen Betriebsmittel für die Fortführung oder Umstellung ihrer Werke zu erhalten. Gewandten sie diese Betriebsmittel zur Zahlung der Zölle, so müßten sie sich inländische Zahlungsmittel durch Verkauf ihrer Guthaben an die Reichsbank oder an Importeure erwerben. Die Reichsbank braucht diese Guthaben jedoch nicht in vollem

Mannheim am Wochenende

Die Preisentwicklung auf dem Wochenmarkt — Auf welche Ursachen sind die hohen Obstpreise zurückzuführen? — Die Sitzungen der Preisprüfungskommission müssen wieder aufgenommen werden

Wer einen genaueren Einblick in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse gewinnt, sieht mit erster Sorge in die Zukunft. Noch denken wir nicht an die winterlichen Räte, weil eben erst die Hundstage begonnen haben. Aber wenn die Hausfrau vom Markt kommt und erzählt, daß das Geld wieder nicht gelangt hat, weil Butter, Eier, Gemüse und Obst teurer geworden sind, dann legt man sich doch als gewissenhafter Hausvater die Frage vor: wie wird die Mannheimer Bevölkerung den nächsten Winter überleben? Muß es doch sehr bedenklich stimmen, wenn man bei der Erörterung hauswirtschaftlicher Angelegenheiten übereinstimmend hört, daß im ganzen Bekanntheitskreis der Einweckapparat noch nicht in Anspruch genommen worden ist. Wer kann denn, so wird erwidert, wenn man sich über dieses Thema unterhält, Früchte einmachen, wenn das Pfund Kirchen 70 Pf. kostet? Ganz so schweigen von den Aprikosen und Pfirsichen. Der Sache mußte ich doch mal auf den Grund gehen, sagte ich mir. Und so trat ich am Donnerstag trotz der Gluthitze einen Rundgang über den Wochenmarkt an, um die Ursachen der Preissteigerungen an der Quelle zu studieren. Was ich hierbei hörte, klang durchweg recht unerschrocken. Ein Obsthändler, der in der Pfalz zugleich Erzeuger ist, sagte sein Urteil über das Obst-ertragsverhältnis überm Rhein dahin zusammen, daß die recht mager ausfällt. Die Kirchengärten, die sehr mittelmäßig war, ist in der Hauptsache porbel. Bringens gibts so gut wie gar keine. Die Aprikosen fällt ebenfalls gering aus. Die Zwetschgen kann man an den Bäumen pflücken.

Und wie wirds mit dem Wein? fragte ich unwillkürlich in der Weinung, eine tröstlichere Antwort zu bekommen. Glücklich meinte der Pfälzer. Der eine Winter lebt einer guten Ernte entgegen und der Nachbar kann froh sein, wenn zum eigenen Verbrauch langt. Es ist sehr viel Schaden durch Kaupenstraß angerichtet worden. Und bei der Bekämpfung des Ungeziefers wurde oft auch das Gut zu viel getan. Die Brüche war zu groß. Ich mußte bei dieser Auskunft an die Knoblauchpflanzen des Schwäbinger Schlossgartens denken. Als ich meinen alljährlichen Spaziergang durch den malerischen Garten unternahm und mit Behauern feststellen mußte, daß die unausgesätzte düstende Schwaropferpflanze schon wieder recht üppig ins Kraut geschossen war, meinte ein Gartenbediensteter, als ich ihn fragte, ob denn immer noch nicht das Anbittmittel zur Verfügung dieser Plage gefunden sei, bei der Anilin könne man schon so etwas haben, aber wenn mans anwendet, gingen die Bäume und Sträucher mit topus.

Es ist klar, daß durch die nunmehr abgeebbte Hitze vieler Schaden angerichtet wurde. Der Großhandel hat, wie uns von durchaus glaubwürdiger Seite berichtet wurde, mit den Heideböckern allein 20-25 000 W. zugeführt. Ehe die Lieferungen aus dem Oberrhein- und Schwarzwald eintrafen, wurden die Heideböckern aus Niederbayerern bezogen. Auf 24 W. stellte sich der Zentner am Plage und hier mußten die Beeren zu 18-20 W. losgeschlagen werden, weil sie durch die Hitze auf dem Transport, der 3/4 Tage (1) dauerte, zu sehr gelitten hatten. Bezüglich des Transports konnte man sich mehrere Klagen hören. Man nimmt, wie übereinstimmend von Händlerseite behauptet wurde, viel zu wenig Rücksicht auf die Empfindlichkeit des waggonierten Obstes. Eine blühende Großhandelsfirma hat, um gegen Verluste durch zu langem Transport geschützt zu sein, extra einen Waggon aus München geschickt, der dort einen Waggon italienische Obstfelder übernommen hatte. Der Waggon ist infolge dieser Maßnahme gut hier angekommen, aber dafür hat der Reglement 120 Mark gekostet. Man braucht diesen Fall nur anzusehen, um zu zeigen, daß Ursachen preisverleuernd wirken, von denen der Unternehmende keine Ahnung hat. Der Händler muß selbstverständlich beratige Anlaufkosten auf die Ware schlagen. Der Zentner Weizen aus Italien kommt den Händler auf 10-12 W. zu stehen, bis er hier ankommt. Am Donnerstag wurde das Pfund durch den Kleinhandlender 30-34 W. zu zahlen. Der Anlaufpreis betrug am Donnerstag 40-45 W. Man ersieht aus diesen Beispielen, daß die Händlerkassette nicht zu hoch ist. In 24 W. verlangt man für den Zentner Pfirsiche 40 W. Der amtlich ermittelte Kleinverkaufspreis betrug am Donnerstag hier 25-45 W. Wenn man sein Einkommen über beratige Erzeugerpreise ausdrückt, wird noch härter erwidert, daß die Bandbreite auf die geringe Grenze und auf die Eierpreise hinweisen, die sie zu tragen haben.

Die Butterpreise werden in der nächsten Zeit ebenfalls noch steigen. Das holländische Produkt, das in der Ausfuhr des holländischen Übertrag, kostet dem Großhändler 2.08 M. im Pfund. Man rechnet mit einer Erhöhung auf 2.10 M. Der Kleinverkaufspreis am Donnerstag noch 2.40 M. Die Wolzka hat sich in Holland und Dänemark verbessert. Deshalb ziehen die Kreise an, wurde bemerkt, als wir auch hier nach der Ursache der bevorstehenden Steigerung forschten. 53 W. kostete zu Beginn der Woche das Pfund Butter in der Woche in Kempten. Jetzt werden schon 60-65 W. verlangt. Ich habe bei diesen Preisen den Bezug eingestellt bei

merkte ein Händler. Man kann doch den Beuten nicht zumuten, 30 W. für ein Viertel Hamburger oder das dreifache des früheren Preises zu zahlen. Beim Käse ist, wie die Erzeuger behaupten, die Trockenheit Schuld an der Preissteigerung. Für holländische Eier bezahlt der Großhändler schon 12 W., wenn er sie listenweise bezieht. Der Verdienst beträgt einen halben Pfennig. Der Kleinverkaufspreis war am Donnerstag 18-18 W. Man bedauert 18 W. für ein Ei im Sommer. Was wird es erst im Winter kosten?

Wenn man die am 23. Juli 1925 amtlich ermittelten Preise mit denen am 24. Juli 1924, also am gleichen Marttage vergleicht, kann man bei fast allen Artikeln eine mehr oder weniger große Steigerung feststellen. Am auffallendsten macht sich die Aufwärtsbewegung beim Obst bemerkbar. Kirschen kosteten am Donnerstag 25-60 W. (gegen 10-30 W. i. V.), Birnen 20-60 W. (13-25 W.), Zwetschgen 60 W. (40-60 W.), Pfirsiche 35-45 W. (30-50 W.), Aprikosen 90-110 W. (25-60 W.), Aprikosen 60-100 W. (40-50 W.), Pfirsichen 60-70 W. (50-60 W.), Reineclauden 80 W. (50-60 W.), Kirchen 50-70 W. (30-45 W.), Türkische Kirchen 45-60 W. (40-50 W.), Johannisbeeren 25-32 W. (18-22 W.), Stachelbeeren 35-50 W. (25-30 W.), Heidelbeeren 40-45 W. (33-40 W.), Himbeeren 60-100 W. (70-80 W.). Beim Gemüse sind die Preissteigerungen ebenfalls manchmal ziemlich groß. Es kosteten am Donnerstag neue inländische Kartoffeln 6.5-8 W. (gegen 6-7 W. i. V.), Stangenbohnen 25-30 W. (25-30 W.), grüne Buschbohnen 15-20 W. (15-20 W.), Bismontofel 10-100 W. (10-40 W.), Wirsing 15-25 W. (5-20 W.), Rotkraut 20-25 W. (30-40 W.), Weißkraut 15-25 W. (25 W.), Kohlraben 7-20 W. (5-10 W.), gelbe Rüben 10-18 W. (10-12 W.), rote Rüben 15-20 W. (12-15 W.), Zwiebeln 15-20 W. (12-15 W.), Kopfsalat 10-25 W. (10-20 W.), Erdbeiersalat 10-25 W. (8-20 W.), Tomaten 40-60 W. (25-40 W.), Sojakartoffeln 40-70 W. (30-80 W.), Salatgurken 1-2 W. (3-4 W.), Spargurken 0.5-1.5 W. (2-3 W.). Der Eierpreis schwankte am Donnerstag zwischen 9-18 W. gegen 14-16 W. Sahrahmabutter kostete 2.20-2.40 M. (2.10-2.40 M.), Landbutter 1.80-2.20 M. (1.80-2 M.).

Sehr bedeutsam ist die Steigerung der Fleischpreise. Es kosteten: Ochsenfleisch 1.20, Rindfleisch 1.10-1.20 W. (88 Cts.), Kalbfleisch 1.20 W. (1 W.), Schweinefleisch 1.20-1.40 W. (1.10 W.), Hammelfleisch 1-1.10 W. (80 Cts.), Geflügelfleisch 65 Cts. (54 Cts.). Die Geflügelpreise haben sich immer den Fleischpreisen angepaßt. Ein lebender Hahn kostete am Donnerstag 1-4 Mark (1.20-3.50 W.), ein geschlachteter 1.50-3 W. (1.20-3 W.), ein lebendes Gans 2-4 Mark (2-4 W.), ein geschlachtetes 2-3 W. (1.50-3 W.), eine lebende Ente 3-3.50 W. (1.50-3.50 W.), eine geschlachtete 4.50 W. (4-5 W.), ein Paar lebende Tauben 2 W. (3 W.), eine geschlachtete 0.80-1.20 W. (50-100 Cts.), eine lebende Gans 5-6 W. (5 W.), eine geschlachtete 8-8 W. (8-10 W.).

Es erhebt sich angesichts der Preissteigerungen, die wir auf dem Wochenmarkt am Don. Tag gemacht haben, die Frage: Warum werden diese Anstiege, teils die für die Verbraucher so großem Interesse sind, nicht viel früher in der Preisprüfungskommission diskutiert? Wenn wir recht unerschrocken sind, ist der Marktstand gegen die Abhaltung regelmäßiger Sitzungen auf dem Rathaus zu suchen. Man hält es nicht mehr für notwendig, die Vertreter der Erzeuger, Händler und Verbraucher zu einer Aussprache, die durch die Veröffentlichung in der Presse in höchstem Maße aufklärend wirken würde, einzuladen. Was sagt der Hausfrauhand dazu, der unsere Gewandtheit das größte Interesse daran hat, daß die Hausfrauen über die Ursachen der Preissteigerungen verständlich aufgeklärt werden? Wo bleiben die Vertreter der Gewerkschaften, die bei den Sitzungen der Preisprüfungskommission die Debatte leiten? Hat man in diesen Kreisen dann gar kein Interesse mehr daran, daß die Bevölkerung weiß, warum sie die hohen Obst- und Gemüsepreise bezahlen muß, die für viele immer unerklärlicher werden? Wie verhalten sie sich vor einiger Zeit an die Stadtverwaltung eine Eingabe mit der Bitte gerichtet worden, die Preisprüfungskommission wieder zu regelmäßigen Sitzungen einzuberufen. Ist die Eingabe in den Papierkorb geworfen oder wird sie in absehbarer Zeit Folge gesehen? Eine recht baldige Antwort wäre sehr erwünscht. Wir erwarten dabei nicht die Auskunft, daß in den Sitzungen der Preisprüfungskommission doch nur leeres Stroh gebroschen wird, weil bei der Preisregulierung ganz andere Faktoren auszuscheiden sind. Der Stadtverwaltung muß ganz genau, daß die Verkäufe, die über die Sitzungen in der Presse veröffentlicht wurden, unannehmlich aufklärend und beruhigend wirken. Unschicklich ist aber auch durch diese Sitzungen die blühende Preispolitik künstlich beeinflusst worden. Unser Vorschlag geht dahin, die Preisprüfungskommission mindestens einmal im Monat zusammenzubringen. An Verbandsleitungsführer wird es nicht fehlen.

Richard Schönfelder.

der Woche vom 13. bis 18. Juli 1925 Bodetorten herausgibt. In der gleichen Woche des Vorjahres betrug die entsprechende Zahl 7781, in der Woche vom 6. bis 12. Juli belief sich die Zahl auf 8904.

Die Leitung des Mannheimer Volkstheaters hat Musikdirektor Carl Bartisch niedergelegt. Dafür wurde ihm die Leitung der Konzerte des Philharmonischen Vereins in Worms, sowie des Konjunkturtheaters Frigida in Ludwigshafen a. Rh. übertragen.

Unfälle. Gestern vormittag fuhr eine 14 Jahre alte Handkutschlerin auf der Breitenstraße mit einem Fahrrad an einem Anhänger eines Straßenbahnwagens der Linie 16. Sie fiel zu Boden und trug einen rechten Oberarmbruch davon. Mit dem Sanitätsauto verbrachte man die Verunglückte nach dem allgemeinen Krankenhaus. Am gleichen Vormittag lief ein 8 Jahre alter Knabe bei der Garage am Lattenfall in einen dort ausfahrenden Personenkraftwagen. Der Knabe wurde zu Boden geworfen und erlitt eine leichte Gehirnerschütterung. Gestern nachmittag lief eine 60 Jahre alte Schlosserbedientin auf der Straße zwischen G und H 6 rückwärts in ein Einpännerkutschfahrzeug, wobei sie zu Boden geworfen wurde und einen Bruch des rechten Schließelbeins sowie eine erhebliche Kopfverletzung davontrug.

Zusammenstöße. Gestern nachmittag lief ein Transportwagen auf der Industriestrasse mit einem Radfahrer zusammen. Der Radfahrer erlitt am Knie leichte Hautabschürfungen. Das Fahrrad wurde beschädigt. Gestern nachmittag liefen zwei Personenkraftwagen an der Straßenecke Geier, Lang- und Seidenheimerstraße, als einer dem anderen vorfahren wollte, zusammen. Im gleichen Moment fuhr der vordere Personenkraftwagen einen Motorradfahrer an. Der Letztere trug Verletzungen am rechten Fuß davon. Sein Rad wurde stark beschädigt. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Gasfendelheber umgeworfen. Beide Personenkraftwagen wurden beschädigt. Der Fahrer eines Personenkraftwagens fuhr gestern nachmittag auf der Friedrichstraße auf einen Radfahrer, wodurch letzterer zu Fall kam, ohne sich zu verletzen. Das Fahrrad wurde von dem Personenkraftwagen überfahren und erheblich beschädigt. Gestern abend rannten ein Großkraftfahrzeug und ein Motorradfahrer auf der Mittelstraße zusammen. Auch hier führte der Motorradfahrer zu Boden. Er zog sich Hautabschürfungen am linken Ellenbogen zu. Das Fahrrad wurde beschädigt. Gestern nachmittag liefen in der Redaktionsstraße ein Straßenbahnwagen und ein Personenkraftwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Teftgenommen wurden 23 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Das Fest der Iliernen Hochzeit bezieht am morgigen Sonntag der Spengler und Installateur Emil Wolf mit seiner Gattin Helene geb. Heitinger, S. 3, 15 wohnhaft.

Marktbericht

Der Herbst kendet bereits seine allerersten Vorboten an den Markt; er ist allerdings dabei so launisch und wählt den Weg durch die Wärme. Dennoch verpufft jeder gefühlvolle Marktbesucher ein klein wenig Melancholie, wenn er sich durch das herrliche Übergelb der Stadtbäume, des Blau und Carmesinrot der Flog, die seinen Farbenprunk der Bladlosen an kommende Jahreszeiten erinnert fühlt. Auch im Obst kündigt sich schon der Umhang an, — nur in den Preisen noch nicht. Früher sind endgültig von der Wildblüte verdrängt und haben den neuen Pflanzlingen überdies Platz gemacht; auch kleine Birnen versuchen in aller Bescheidenheit auf das Marktgeschehen von Zeit und Reife aufmerksam zu machen. Im übrigen bildet das erdliche Element ein bedeutendes Kapitel im marktlichen Frühbestand durch die außerordentlich zahlreich vertretene Bananen. Wenn wir uns orientieren, ist ein bei mir häufiger Kompost dabei, das bereits überreife Bananenfleisch für Mannheim neu zuzuführen. Es soll dann den Resten erhalten; Ausgerechnet — keine Bananen... Und zwar aus dem Grunde, weil man sie überall sieht. Lieber sind wir hier in unmittelbarer Nähe des Bananenlandes, was nicht alle wissen. Wer nämlich die Bananen reifen sehen will, braucht nur zu der Rheinstraße Ludwigshafen zu gehen, dort sind sie in allerangenehmer Jugend vorhanden, um in besonderen Temperaturvorrichtungen hübsch gelb zu reifen. Ja, heutzutage kann man alles haben; das sollte man besonders in der Reifezeit bedenken. Nur mit den lebenden Bananen kopierte es diesmal etwas. Das einzige Symbol des Frühbestandes waren vielleicht die Bälle, was zwar deswegen, weil sie einem immer aus der Hand rutschen. Und wer hat es in dieser verrückten Zeit noch nie mit einem Ball zu tun gehabt? Auf Bananenhöhe konzentriert sich sonst eigentlich nur die Bohnenhölle, die immer billiger werden, weil es nämlich sehr viele gibt; das ist eine Kunst und Wissenschaft und heißt Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Und wer das kopiert, kann seinen Handelsbottler machen. Sonst gibt es nämlich viel junges Geflügel, auch in jungen Gärten war hartes Angebot. Wer die Verhältnisse der Marktwaren mit menschlichem und unheimlichem Licht, wird keine Freude an den über normalen Kopfspreisen hinausreichenden Früchten Weizenkaffee haben, die die übliche Eigenschaft besitzen, mit wenig Aufwand einen Marktverdiener in kurzer Zeit doll und schwer zu machen. Von den Stämmen der letzten Tage legt das Füllstück ein herrliches Zeugnis ab, und es soll heute gegeben haben, die die Kapsel lieber so fauchen, statt sie sich auf den Kopf bogeln zu lassen. Doch ist nicht alles Gold, was glänzt. Die andere Sorte von Kaffee, die bekanntlich nicht so weit herunterfallen können und deshalb Erdbeeren heißen, sind nach wie vor eine Pracht und auch im Preise erfreulich. Und wenn wir mit der Erinnerung an das schöne Innere Geld des Anbitterslots von dem Markt dieser Woche Abschied nehmen, so müssen wir, daß wir nicht alles berührt haben; doch das Berühren — so steht es an jedem Stande geschrieben — ist ja politisch verboten!

Die Preise verhalten sich nach den Feststellungen des Städt. Nachrichtenamts, wo nichts anderes bemerkt, in folgender Weise: Kartoffeln, neue, inf. 6-8; Kartoffeln, neue, ausl. 10-12; Pohnen, grüne, 15-35; Bohnen, große, 20-35; Bohnen, kleine, weiß, und bunte 30-45; Biefina 12-15; Weiskraut 12-15; Blumenkohl, Stück 10-20; Kohlraben, Stück 7-20; Rotkohl 20; Gelbe Rüben 12-15; Rote Rüben 15; Erbsen, grüne, 25-45; Erbsen, bunte, 30-50; Mohrrüben 10-12; Zwiebeln 12-18; Knoblauch, Stück 10-15; Kopfsalat, Stück 8-30; Endivienkohl, Stück 10-25; Meerrettich, Stück 30-140; Rettiche, Stück 5-30; Tomaten 35-50; Salatgurken, Stück 4-70; Salatgurken, Stück 1.5-2.5; Spargurken, Stück 1.5-1.8; Pfefferlinge 70; Kürbisse 65-70; Türkische Kürbisse 35-40; Johannisbeeren 25-35; Heidelbeeren 35-60; Himbeeren 70-90; Stachelbeeren 40-45; Wirbellen 55-70; Erdbeeren 80-120; Reineclauden 60-70; Wirslingen 70-110; Pfirsiche 40-50; Kirschen 25-50; Birnen, Stück 5-12; Sahrahmbutter 220-240; Landbutter 180-220; Weiser Käse 45-50; Honig m. Was 100; Eier, Stück 10-17; Hühner 160-190; Briesem 80-120; Bodfleisch 60; Hammel, lebend, Stück 140-250; Hahn, geschlacht, Stück 200-700; Huhn, lebend, Stück 250-450; Huhn, geschlacht, Stück 200-700; Enten, lebend, Stück 400; Enten, geschlacht, Stück 4-1000; Tauben, lebend, Paar 200; Tauben, geschlacht, Stück 80-120; Gänse, geschlacht, Stück 450-1000; Rindfleisch 110-120; Kalbfleisch 120; Schweinefleisch 130-140; Hammelfleisch 110; Geflügelfleisch 65.

Vereinonachrichten

Mathematische Akademie. In der Generalversammlung der Mathematischen Akademie waren es infolge der Abreise von Bunde der Todesordnung, 1. Bericht des Vorstandes über das vergangene Geschäftsjahr 1924/25, sodann 2. Wahl des Vorstandes, die die Mitglieder zu längerer Ausprache veranlaßte. Was den Punkt 1 betrifft, so mußte mit Bedauern festgestellt werden, daß die Besetzung der Akademie durch die Abreise von Bunde ein Hindernis zu verzeichnen hatten. Zu Punkt 2 (Wahl des Vorstandes) machte sich eine Neuwahl notwendig, da infolge des Ausscheidens der bisherigen Vorstandsvorsitzenden, die Herren Kammermüller Alfred Witter, L. Wörthmann, Otto Renner, 2. Vorstandsmitglied Hermann Welter, Schellhauer und Hermann Hirsch, 1. Schatzmeister, erklärten sich bereit, die einstimmig erfolgte Wahl anzunehmen, unter

Städtische Nachrichten

Zur Industrie-Ausstellung im Rosengarten

Eine neue Wägemaschine

Nächst einem der beiden Eingänge des Ridesengartens ist eine bedeutungsvolle Ausrüstung, die Waage „Dima“ ausgestellt, die als ein Meisterwerk deutschen Erfindungsgeistes angesehen werden muß. Sie arbeitet nach dem Prinzip der Gegengewichtswaage. Gegen die gewöhnlichen Waagen, zu denen auch alle bekannten Waagen mit losen Gewichtsteinen gehören, sind im Wägemaschine solche, die veränderliche Gewichtsmengen auf gleichbleibende Hebelarme wirken lassen, während bei den Laugewichtswaagen ein und dasselbe Gewicht verschiedene Hebelarmen erhält. Es leuchtet nun ohne weiteres ein, daß eine Gegengewichtswaage viel genauere Wägungen ergibt, weil die Waagegewichtswaage, weil es bei dieser auf die Genauigkeit der Waage ankommt, mit der das Laugewicht in die jeweilige Hebelarme eingeleitet wird. Die Art nun, wie die „Dima“-Waage einstellt, wird, ist überaus einfach und läßt sich an einem ausgefallenen Modell deutlich verfolgen. Mit ein paar einfachen Geissen an 4 oder 5 Handhebeln ist die Waage in wenigen Sekunden einstellt und schon kann das Ergebnis in Schaulichtern mühelos abgelesen werden. Gleichzeitig damit ist bereits auch der Kartendruckapparat druckfertig einstellt. Der ganze Wägemaschinenmechanismus ist von einem vollkommen glatten Kasten umschlossen, aus dem nur die Waagegewichtswaage für das Einfüllen und Drücken herausragt. Eine Abkühlung der Waage durch feiner wichtiger Teile ist so gut wie ausgeschlossen, weil lebende Waage fehlt. Das ermöglicht auch, die Annenorgane zu empfinden oder zu verzinsen, wodurch die Waage gegen den Einfluß der Klimaverhältnisse bezw. von Säuren unbegrenzt widerstandsfähig wird. Besondere Einrichtungen bieten Schutz gegen jede Form einer Gewichtsfälschung. So z. B. ist es unmöglich, im unbelasteten Zustand der Waage den Kartendruckapparat zu betätigen. Dieser wird vielmehr erst beim genaueren Einspielen der Waage freigegeben. Eine andere Schutzmaßnahme besteht darin, daß die Waage während des Bedruckens durchschon und von dem Lochstempel solange festgehalten wird, bis die Waage wieder einstellt ist. Dabei fallen die aus den Karten gefallenen Wägesteine in ein verschließbares Kästchen, dessen Inhalt eine genaue Kontrolle der festgelegten Wägungen erlaubt. Nach dem mit der neuen Waage gemachten günstigen Erfahrungen scheint dieses Prinzip der Waage, die bisher verwendeten Systeme völlig zu verdrängen. Erwähnt sei noch, daß die „Dima“-Waage in verschiedenen Ausführungen und bis zu den größten Abmessungen gebaut wird.

Die Firma Friede, Pflanz, Optisches Institut, Rathaus-Bogen 37/39, hat in übersichtlicher Anordnung eine große Anzahl betriebstechnischer Hilfsmittel

ausgestellt. Metall- und Werkstatt-Mikroskope sowie Lupen geben dem Ausstellungsbesucher Gelegenheit, sich an Ort und Stelle von der Unentbehrlichkeit dieser Instrumente bei Material-Verhungen zu überzeugen. Für Fern-Temperatur-Messungen bis zu einem Wehbereich von 2000 Grad Celsius wird ein Strahlungs-Thermometer „Pyra“ gezeigt; Einlauf-Thermometer „Oslo“ mit einem Wehbereich bis 1200 Grad Celsius (für Heißerlei-Zwecke) fällt durch seine handliche Form auf. Unter den Lufttemperatur-Messgeräten sind noch hervorzuheben: Selbsttätige Feuer-Welchtemperatur-Thermometer, Reduktionssicher, Reihzeuge usw. Ein Besuch des Standes ist durch die gebotenen Anregungen interessant und lohnend. Das originale, plastisch dargestellte Firmenzeichen — Wollfangel mit Brillen — Antiquar von Architekt Thomas Wald jr. kennzeichnet schon von weitem die Ausstellungsjede der Firma.

Die Erwerbslosenarbeit im Amtbezirk Mannheim. Wie das Städt. Nachrichtenamt berichtet, betrug am 17. Juli die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim, öffentlicher Arbeitsnachweis für den Amtbezirk Mannheim, gemeldeten Erwerbslosen 7941 (5226 männliche, 2715 weibliche). Da am 10. Juli die Zahl der Vollerwerbslosen auf 7755 sich belief, ist eine Erhöhung um 186 (91 männliche, 95 weibliche) eingetreten. Gegenüber dem 10. Juli ist in allen Gruppen eine Erhöhung festzustellen, mit Ausnahme der Gruppe der Hocharbeiter im Handwerk, die einen Keinen Rückgang aufzuweisen hat. Die in den letzten Wochen beobachtete erhebliche Verbesserung des Arbeitsmarktes hat einen Stillstand erfahren. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist sowohl in der männlichen als in der weiblichen Abteilung gestiegen. Andererseits hat die Nachfrage nach Arbeitskräften etwas abgenommen. Die Zunahme der Arbeitsuchenden ist auf Teilentlassungen, wovon fast alle Berufsgruppen betroffen worden sind, zurückzuführen. Ob die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage nur von vorübergehender Dauer oder als Anfang einer Wirtschaftskrise anzusehen ist, läßt sich noch nicht beurteilen.

Wochenbericht des Heringsfisches: 9088 Bodetorten, laut Mitteilung des Städtischen Nachrichtenamts wurden nach den Feststellungen des Nachrichtenamts in der Woche vom 13. bis 18. Juli 9088 Bodetorten ausgegeben. Von diesen entfielen auf: Große Schwimmblase 3432 (Männer 2044, Familienkarten 991, Schülerkarten 397), Frauenkarte 2214 (Dokument Schülerkarten 416), Halle 111 804, Wannenbäder 1. Klasse 729, Wannenbäder 2. Klasse 1450, Dampfbäder 240, Lichtbäder 2, Kohlenbäder 9, Kranenbäder 706 (103 Dampfbäder, 443 Lichtbäder, 45 Lichtbäder, 85 Kohlenbäder, 27 Kohlenbäder, 3 Schwefelbäder). Es wurden somit in

Neue Mannheimer Zeitung ♦ Handelsblatt

Die Wirtschafts- und Börsenwoche

Die Wirtschaftswoche

Die in letzter Zeit in verschiedenen Industrie- und Wirtschaftszweigen geltend gemachten Lohnerhöhungsforderungen, die den Arbeitnehmern teilweise durch Schlichtungsprüfung zugestanden sind, haben in den Kreisen der Industrie lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen und zu Differenzen mit dem Arbeitsministerium über grundsätzliche Fragen der Lohnpolitik geführt. Die Arbeiterseitig verlangte eine Steigerung des Nominallohnes und begründet diese mit dem Steigen der Lebenshaltungskosten. Von der Unternehmenseite wird dagegen geltend gemacht, daß eine derartige Lohnerhöhungswelle die alte Unsicherheit in den Abfolg- und Zahlungsbedingungen hervorruft und damit den Festpretsbeschluß des Reichsverbandes der deutschen Industrie Unwirksam machen würde. Die Wiedereinführung der gleitenden Besoldung müßte die schwersten Schäden für Staat, Wirtschaft und Volk haben. Es werden von dieser Seite langfristige Lohn- und Arbeitszeitarbeits gefordert, die eine sichere Preisstabilisation ermöglichen und die früher üblichen den Abfolg- und den Export schädigenden Risikoprämien vermeiden sollen.

Eine gesunde Lohnpolitik ist ein Teil der Sozialpolitik. Das Streben nach Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage muß in der Arbeiterseits lebendig sein. Dieses Verlangen muß mit der Notwendigkeit, die Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren im In- und Auslande und die Fortentwicklung unserer Wirtschaft zu ermöglichen, in Einklang gebracht werden. Die Rentabilität der Unternehmungen ist also die Grenze der Lohnerhöhungen. Andernfalls hemmen sie den Wiederaufbau der Wirtschaft.

und führen zu Teilerlösen, durch die die neuen Belastungen des Lohnkontos ausgeglichen werden. Die Rentabilitätsquote unserer Betriebe ist durch die auf ihnen ruhenden Lasten aller Art und durch das Sinken der Arbeitsleistung und die Vermehrung der unproduktiven Arbeit beeinträchtigt worden. Angesichts einer Produktionsverminderung von 20-30 pCt. steigen die Löhne gegen 40-50 pCt. über dem Friedensstande. Die einfache Steigerung des Nominallohnes ohne Senkung des Preisniveaus erhöht noch nicht den Reallohn, sondern veranlaßt lediglich Preissteigerungen. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß Lohn- und Preissteigerungen ein Anzeichen der Preis im Kleinhandel zur Folge haben. Um die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft ohne Schädigung der Volkswirtschaft zu erfüllen, muß die Verbesserung des Nominallohnes auch eine

Besserung des Reallohns

bedeuten. Andernfalls ist keiner der beiden Parteien gefolgt, sondern lediglich die tatsächliche Lebenshaltung verteuert, die Ausfuhr erschwert und der Weg zur Inflation beschritten.

Eine Heraushebung der Löhne kann nur dann ohne entsprechendes Einwirken auf die Preise bleiben, wenn es gelingt, die sonstigen Produktionskosten zu verringern und damit die Kaufkraft des Geldes zu erhöhen. Es muß auf den einzig gangbaren Weg, den der Rechtsleistung, Sparbarkeit, Verbesserung und Vereinfachung des Erzeugungsprozesses verwiesen werden. Es handelt sich dabei nicht um nur in Amerika praktisch, bei uns aber theoretisch bleibende Fragen, sondern wir haben auch in Deutschland Beispiele von modernen Industriezweigen und Fabriken, die sich einer solchen Reform unterzogen haben und heute erheblich widerstandsfähiger sind. Einen erheblichen Schritt auf dem Wege der Vereinfachung des Produktions- und Verteilungsprozesses bedeutet die

Hebung der Arbeitsleistung

Die Idee der Arbeiterbeteiligung ist nicht neu und man sollte ihr gerade heute mehr Interesse entgegenbringen. Unternehmer und Arbeitnehmer sind beide an dem Wohl der Wirtschaft berührt beteiligt, daß nicht einzusehen ist, weshalb sie gegeneinander wirken sollen. In Unternehmenskreisen darf die Macht der Idee, das Bewußtsein des Besten als produktionshebendes Moment nicht unterschätzt werden, womit zugleich im eigenen Interesse die Kapitalneubildung gefördert wird.

Die Kräfte der deutschen Industrie ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß es an Geldmitteln für die Umstellung der Betriebe zur Hebung der Wirtschaftlichkeit und zur Herabsetzung der Produktionskosten fehlt. Deshalb ist Deutschland so stark an der Befriedigung Europas interessiert, weil Amerika die für die Rationalisierung unserer Industrie notwendigen großen und langfristigen Kredite nur nach einer Enghärtung der politischen Verhältnisse Europas geben wird. Nur rationelle Betriebe, die den technischen Rückstand gegenüber der Auslandskonkurrenz ausgeglichen haben, sind lebensfähig.

Der heutige Stand des Neckarkanalbaues — Der Weiterbau sichergestellt

Der Finanzausschuß des württembergischen Landtags beschloß sich mit dem Gesetzentwurf über weitere Leistungen des württembergischen Staates für die Neckar-K. u. G. Minister Wolf teilte dabei u. a. mit, daß auf Grund der Verhandlungen mit Baden, Hessen und mit dem Reich der Weiterbau des Neckarkanal bis Heilbronn sichergestellt sei. Wenn bis Heilbronn gebaut sein werde, so sei die Weiterführung die Pfälzungen eine gegebene Sache. In der Aussprache wurde von einem Redner des Bauernbundes das Kanalprojekt bekämpft, desgleichen von einem Redner der Bürgerpartei. Diesen Ansichten gegenüber verteidigte Minister Wolf die Auffassung, daß die Weiterführung und Vollendung des Werkes im Interesse des ganzen Landes gelegen sei. Auch Redner der Sozialdemokraten und der Demokraten sprachen sich in gleichem Sinne aus. Der Gesetzentwurf über die weiteren Leistungen des württembergischen Staates für die Neckar-K. u. G. wurde dann mit großer Mehrheit angenommen.

Die Süddeutsche Zinkblechhändler-Vereinigung Mannheim hat mit Wirkung vom 20. Juli ab eine Erhöhung der Verkaufspreise eintreten lassen. Die erhöhten Sätze betragen für Werkslieferungen pro 100 Kilo bei 5000 Kilo, und mehr an Revershändler für rheinische Bleche 81,20 Kilo, für sächsische 83,10 Kilo für Bezüge ab Lager, für die übrigen Bezüge 81,70 Kilo, bzw. 83,60 Kilo, von 2500 bis unter 5000 Kilo, an Revershändler 83,70 Kilo, bzw. 85,70 Kilo, von 1000 Kilo und mehr an Großverbraucher 81,70 Kilo, bzw. 83,60 Kilo, von 500 Kilo bis unter 1000 Kilo, an Großverbraucher 81,70 Kilo, bzw. 83,60 Kilo, für 500 Kilo und mehr an Verbraucher 82,70 Kilo, bzw. 84,50 Kilo, allen Frachtkosten Wingerdorf oder Oberhausen, nach Wahl, für rheinische und fränkische Morgenrost für sächsische Fabrikate; ferner für Lagerlieferungen (rheinische und sächsische Bleche) an Revershändler 92 Kilo, an Verbraucher 96 Kilo, wobei bestimmten Wägen Kampfpreise zugestanden werden, die bis zu 3,50 Kilo unter den allgemeinen Sätzen liegen.

Emag Elektricitäts-K. u. G., Frankfurt a. M. Die Gesellschaft wird zugleich mit der Bilanz, die einen Verlust von 340 000 Kilo anzeigt, einen Vorschlag auf Neubildung des Kreditsrates stellen. Laut Prof. Dr. Sig. soll die Gesellschaft, die bisher dem Telem-Konzern angehörte, sich neue Stützpunkte in der Großindustrie suchen. Die deutsche Girozentrale hat der Gesellschaft einen erheblichen Hypothekendarlehen von mehreren 100 000 Kilo zugesagt.

Die Börsenwoche

Der in der Vorwoche von der Börse unternommene Versuch, sich vom Montan-Aktienmarkt und seinen schweren Sorgen zu emanzipieren und sich mehr für die Aktien der Industriezweige zu interessieren, in denen die Situation nicht im entferntesten so verzweifelt ist, als in der Schwerindustrie, kann als gescheitert angesehen werden. Die deutschen Wertpapiermärkte scheinen vorerst über die Montanrisiko und ihre Auswirkungen nicht hinweg kommen zu können. Obwohl es sich herausstellt, daß der scharfe Abbauprozess in der Schwerindustrie in Gestalt von Betriebsstillegungen und scharfen Betriebsbeschränkungen allmählich der Industrie Luft macht und die Rentabilitätsaussichten etwas verbessert, und obwohl ferner Aussicht auf eine weitgehende Staatshilfe für den Ruhrkohlenbergbau besteht, bräut doch die

verzweifelte Lage der Schwerindustrie

die Illiquidität von Unternehmungen, die früher zu den finanziell am meisten gefestigten gehörten, und die Aussicht auf sehr ungünstige Jahresabschlüsse der großen Montan-Gesellschaften immer wieder auf die Stimmung der Börse. Deutschland hat eben bei der Zerrüttung des Weltmarktes die Hauptnadelstelle der in allen Ländern bestehenden Produktionsbeschränkungen zu tragen. Die Börse legt sich zwar, daß schon im Hinblick auf die schwebenden Verhandlungen über eine Staatshilfe für den Ruhrkohlenbergbau und im Zusammenhang mit den Zollverhandlungen die Führer der Industrie dazu neigen dürften, dem ungünstigen Bild noch einige schwarze Farben abfälschlich einzufügen. Sie ist sich auch darüber klar, daß die Entspannung der internationalen politischen Lage durch die Verhandlungen über den Sicherheitspakt früher oder später einen bescheidenen Einfluß auf den Weltmarkt ausüben dürfte. In ihrer inneren Schwäche aber erachtet die Börse diese Momente als „Zukunftsmusik“. Dazu kommt, daß die

Liquidation des Stanes-Konzerns

immer noch wie ein Damoklesschwert über der Börse liegt. Diese Liquidation hat gerade in der letzten Woche rasche Fortschritte gemacht, es hat sich auch von neuem herausgestellt, daß diese Abstoßungsoperationen nicht über die Börse gingen, aber schon die bloße Möglichkeit, daß in irgend einer Phase dieses langwierigen Liquidationsprozesses doch einmal größere Aktienpakete herauskommen könnten, versetzt die Börse in eine hochgradige Nervosität. Dabei spielt auch die Ermöglichung einer Kasse, die die Großbanken ihre Mittel zusammenhalten, um eventuell günstige Objekte aus der Stanesmasse erwerben zu können. Unter diesen Umständen werden die Banken einmal kaum etwas für die Börse tun können. Als an einigen Tagen eine Großbank recht ostentativ mit Käufen am Montanaktienmarkt eingriff, zog daraus die Börse die Hoffnung, daß eine neue gemeinsame

Interventionsfähigkeit der Großbanken

zur Besserung der Börsenverhältnisse bevorsteht. Es zeigte sich aber sehr bald, daß hierbei der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen war. Die Mehrzahl der Großbanken hält zwar die heutige Kurse für unterwertig, aber sie rühren keinen Finger zur Hebung des Kursniveaus. Die Aufnahmefähigkeit bleibt unter diesen Umständen sehr ungenügend, zumal aus der Industrie zu Geldbeschaffungsmaßnahmen immer wieder kleinere Pakete, zumteil wohl „Korrekturen“ herauskommen. Auch das Ausland tritt überwiegend als Verkäufer auf, und zwar besonders in den Staneswerten, während für Anleihenpapiere, Koll- und Elektrowerte hin und wieder Auslandsaufträge vorliegen. Für Kollwerte regten im übrigen Gerüchte von einem großen Amerikakredit an. Bei den Anleihenwerten führte man die Tatsache, daß der Anleihenmarkt als Bemerker für den Stanes-Konzern-Konkurs ausreichte, als Bemerkung für die Liquidität des Trakts an. Ein Moment der Unruhe bilden nach wie vor die Lohnkämpfe, die durch Kündigung des Bahnabkommens seitens der Eisenbahner-Gewerkschaft drückend illustriert wurden.

Trotz der Fälle unglücklicher Momente hat sich in den letzten Tagen das Angebot etwas verringert. Die Tagesoperationen nimmt freilich immer wieder Bilanz-Abgaben vor und ein Teil der unglücklichen Gerüchte der letzten Tage ist zweifellos auch das Konto von Baillie-Spekulanten zu sehen. Die Geldverhältnisse haben eine leichte Besserung erfahren, doch bekommt auch die Börse den dringenden Geldbedarf der Industrie immer wieder zu spüren. — Der einheimische Anleihenmarkt lag bei sehr stillem Geschäft schwächer, und zwar besonders die Vorkriegsanleihen, die Staatsanleihen und die Vorkriegsbahnpfandbriefe. Ho.

Von der Mannheimer Börse. Zum Handel und zur Notierung an der Mannheimer Börse wurden 4100 000 Kilo voll bezahlt, auf den Inhaber lautende Stammaktien der Pfälzischen Hypothekendarlehenbank Ludwigsbafen, zugelassen.

Frankfurter Allgemeine Versicherungs-K. u. G., Frankfurt a. M. Wir veröffentlichen im Anzeigenteil den Rechnungsabschluss nebst Bilanz für das Geschäftsjahr 1924.

Einstellen keine Reparationskosten mehr nach Belgien. Die belgische Eisenindustrie und die weiterverarbeitenden Werke können wegen des vollständigen Stillstandes des Geschäftes keine deutschen Reparationskosten mehr aufnehmen. Aus dieser Ursache hat die Rohstoffverteilungskasse in Brüssel Kulturgut gegeben, einzuweisen die deutschen Ruhrkohlenlieferungen anzustellen.

Veroper Walywerk K. u. G. in Barop. Die neue Verwaltung des Werkes, das bekanntlich den 25-jährigen Vorkriegsvertrag mit der Hugo Stinnes Eisen K. u. G. in Wilhelm-Ruhr eingegangen war, teilt mit, daß es den Verkauf seiner Erzeugnisse selbst wieder übernommen habe. Das Unternehmen erzeugt insbesondere Feinbleche. Mit Aufträgen sei es in seinen Spezialitäten gut versehen. Weiter wird mitgeteilt, daß die von anderer Seite vertriebene Mitteilung, wonach Verhandlungen wegen der Übernahme des Stineschen Aktienpakets durch die Firma Wolf Ketter u. Jacobi geführt würden, nicht zuträfe.

Keine Dividende bei Dr. Paul Meyer. In der Aufsichtsratsberichterstattung der Dr. Paul Meyer K. u. G. in Berlin wurde die nach Aufhebung des ordentlichen Jahresabschlusses von 200 000 Kilo mit einem Verlust von 206 450 Kilo abschließende Bilanz für das Jahr 1924 vorgelegt. Der Aufsichtsrat beschloß, der G. u. V. vorzuschlagen, den Verlust auf neue Rechnung vorzutragen.

Günstige Ausdehnung der deutschen Papierindustrie. Wie der DHD berichtet, gehört die Papierindustrie gegenüber zu den wenigen deutschen Industrien, deren Ausfuhr größer ist als vor dem Kriege, obwohl ein erheblicher Teil des Rohstoffes aus dem Ausland bezogen werden muß, weil nach dem Kriege von Deutschland große Holzgebiete im Westen und Osten auf Grund des Friedensvertrages abgetreten wurden. Die Zahl der Papierfabriken hat sich gegenüber der Vorkriegszeit bei uns um 8 pCt. verringert. Die Papierindustrie ist am Gesamtwert der deutschen Ausfuhr mit etwa 5 pCt. gegen 2 1/2 pCt. 1913 beteiligt. Die größte Ausfuhrleistung hat der Druckpapier-Export erfahren, für den besonders Südamerika (nach sächsischer Konkurrenz Kanada) in Frage kommt. Die Aufnahme deutscher Papiererzeugnisse hat sich nur in Japan und China verringert. Unter den Holzlieferanten der deutschen Papierindustrie steht seit Beendigung des Krieges Finnland hinter Schweden an zweiter Stelle.

Der Kampf um die Deutsche Vereinsbank. Neuerdings sind Bemühungen im Gange, das etwa 75 pCt. betragende, im Besitz von Michael befindliche Aktienpaket der Deutschen Vereinsbank zu erwerben. Wie dazu verhandelt, sind dem deutschen Interessenten, bei dem es sich dem Vernehmen nach um die Commerz- und Privatbank handelt, die Forderungen von Michael bedeutend zu hoch, so daß eine Einigung auf dieser Grundlage kaum zustande kommen wird. Man wird sich bei der Commerz- und Privatbank wohl verstehen, die bekanntlich bereits in Frankfurt vertreten ist, und für die eine Transaktion nur dann Zweck haben wird, wenn der Kaufpreis billiger ist.

Aus dem Wintershall-Konzern. Vierzehn Grundbesitzer der dem Wintershall-Konzern angehörenden Kollgesellschaften hielten in Kassel eine Vorstandssitzung ab und prüften die Bilanz der einzelnen Werke und nahmen die Betriebs- und Finanzberichte der einzelnen Unternehmen zur Kenntnis. Es wurde beschlossen, daß auf die nächste Woche nach Kassel einzuberufenden außerordentlichen Gewerksammlungen dieser vierzehn Kollgesellschaften vorzuschlagen, mit der Koll-Industrie K. u. G. zu Kassel einen langfristigen bis zum 31. Dezember 1933 laufenden Interessengemeinschaftsvertrag abzuschließen, nach dem die Ausbeute der einzelnen Kollgesellschaften auf die Dividende der Koll-Industrie K. u. G. prozentual abgestellt wird.

Keine 40-Millionen-Dollaranleihe des Kollguldafats. Die Nachrichten über den Abschluß einer 40-Millionen-Dollaranleihe des Deutschen Kollguldafats mit amerikanischen Banken sind unzutreffend. Richtig ist lediglich, daß die Vertreter des Deutschen Kollguldafats bei ihrer Anwesenheit in New York feststellen konnten, daß eine etwaige größere Anleihe der deutschen Kollindustrie einer guten Aufnahme bei dem amerikanischen Geldmarkt zuversichtlich sein könnte. Die Bedingungen des bestehenden 6-Millionen-Dollar-Kredits wurden zugunsten des Guldafats revidiert.

Riesel-Montan. Wie verlautet, haben tatsächlich unentgeltliche Vorbesprechungen zwischen Vertretern der Riesel K. u. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Eiselen und der Darmstädter und Nationalbank in Berlin wegen Erwerbs von Riesel-Montan stattgefunden, doch sind sie deshalb ergebnislos verlaufen, weil der geforderte Preis den Interessenten viel zu hoch erschienen ist. Daß Riesel als Bemerker um Riesel-Montan auftreten kann, läßt wohl den Schatz zu, daß die finanzielle Lage der Gesellschaft sich erheblich gebessert hat. Man erinnert sich der großen Schwierigkeiten, in denen sich die Gesellschaft im vorigen Jahre befand. Die Schäden sind heute vollständig getilgt. Auf der anderen Seite wirkt das Kupfergeschäft, zumal bei der augenblicklichen Hausse am Markt, erfreuliche Gewinne ab. Wie die Köln. Zig. noch hört, wird zurzeit eine neue Bessermetall errichtet.

Die Wirtschaftskrise. Als weiteres Opfer der Wirtschaftskrise legt nunmehr auch die Waggonfabrik Frankfurt ihren Betrieb still. — Die Rüstener Gewerkschaft hat 400 Arbeiter entlassen, jedoch wird das völlige Stilllegen der Bergwerksgesellschaft befristet. — In diesem Zusammenhang stellen auch die Werke Warkeln u. Betsche die Betriebe ein, wodurch 1200 Arbeiter betroffen werden. Unentgeltliche Lohnerhöhungen und verkürzte Arbeitszeit sollen hier maßgebend für das Verhalten der Direktoren gewesen sein.

Neueste Handelsnachrichten

Tokio, 25. Juli. (Spezialabteilung der United Press) Die Regierung hat die Vorbereitungen zur Ausübung der Sachanfangsaktion beendet. Zwei Syndikate mit einem Kapital von 10 Mill. Yen sind gebildet worden. Das eine wird sich mit der Kohlengewinnung, das andere mit der Ausbeutung der Oelvorkommen befassen. Die Regierung hat sich das Recht vorbehalten, die Maßnahmen beider Syndikate zu kontrollieren.

Waren und Märkte

Vor einer erneuten Preissteigerung für Pappe? Trotz des Widerspruches der Händlerseits und der Verbraucherseits besteht die Verkaufsvereinbarung deutscher Pappfabrikanten abermals die Preise zu erhöhen. Mit dem Zentralverband deutscher Cartonfabrikanten findet demnächst in Dresden eine Aussprache statt.

Ermäßigung der Kohlenpreise. In der G. u. V. des Kohlenverbandes in Essen wurde berichtet, daß der Juni erneut einen Rückgang im Bestand brachte, und zwar sowohl im Inland als auch nach dem Ausland. Für den laufenden Monat ist mit einer weiteren Abminderung des Abzuges zu rechnen. Der Bedarf im Inlande ist zurückgegangen. Der Markt ist durch das Eindringen fremden Kohlens beunruhigt, und der Geldmangel wirkt sich fühlbar aus. Auch im Ausland herrscht in den Kreisen der Verbraucher Zurückhaltung. Der Verband hat den Versuch für den August aufgenommen, um dem Eindringen fremden Kohlens entgegenzutreten und den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, daß der Verband mit Wirkung vom 1. August an eine Neuordnung seiner Preise vorgenommen. Diese wirkten sich ab Hochlohnwert zurückgerechnet in einer Ermäßigung bis zu 4 Kilo für die Tonne aus. Der Preis für Siggereisohlen Luxemburger Qualität wurde um 6 Kilo für die Tonne ermäßigt.

Correspondenz, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Oesch, Neue Mannheimer Zeitung, 8. u. 8. D., Mannheim P. 2. A. Direktor: Ferdinand Deume. — Schriftleiter: Kurt Fischer. Verantwortlich für den politischen Teil: Hans Alfred Richter; für das Neuland: A. W. Kurt Richter; für Kommunales, Politik und Volkswirtschaft: Richard Schepfleber; für Sport und Kunst: Hans W. R. Schepfleber; für Handelsnachrichten: Hans W. R. Schepfleber. Bericht u. den Abgaben redaktionellen Teil: Franz Richter; für Anzeigen: A. Bernhardt.

Vergessen Sie nicht, daß das zu der Haupt- und Schlussrechnung der 25. Juli. Bruchteil-Deutscher Klassenkategorie sofort zu erneuern, falls Sie es nicht schon getan haben sollten. Sie erwahren sich dadurch vor Armut und Verlust, wenn auf Ihre Nummer ein Gewinn fallen sollte. Schon am Dienstag, den 4. August, abends 6 Uhr, läßt die Stammbuch-Gewinnverteilung ab. In der Haupt- und Schlussrechnung kommen außer dem arden von 500 000 Kilo, noch Gewinne von 200 000 Kilo, 200 000 Kilo, und 100 000 Kilo, sowie mittlere Gewinne von 10 000 Kilo, 5 000 Kilo, 3 000 Kilo, 2 000 Kilo, und 1 000 Kilo in großer Anzahl zur Auszahlung. Die Bilanz beginnt bereits am 11. August. Wie wir hören, soll eine sehr starke Nachfrage nach Popen der Haupt- und Schlussrechnung herrschen, was in Anbetracht der ansehnlichen Gewinnpakete nur zu erklärlich erscheint.

In Leibbinden das Beste vom Besten für Schwangerschaft, nach Operation, bei Senkung Gewissenhafteste Frauenbedienungs S139
Tel. 5040 Frau E. Albers Tel. 5040
Nur P 7, 13 : : : Nähe Wasserturm.

